

**Der (Rechts-) Populismus ist weder neu noch demokratisch
und auch keine Reaktion auf einen entarteten Liberalismus.**

Es handelt sich vielmehr um völkischen Nationalismus

Richard Stöss

I.

Über Zustand und Zukunft der Demokratie wird in letzter Zeit heftig diskutiert. Auch im "Tagesspiegel". Folgt man dem Bremer Politikwissenschaftler Philipp Manow ("Tagesspiegel" Nr. 24138 v. 29. März 2020, S. 4), dann haben wir es nicht mit einer Krise der Demokratie sondern mit einer Krise der demokratischen Repräsentation zu tun. Infolge der "massiven Ausweitung politischer Partizipationschancen" könnten traditionelle Vermittlungsinstanzen wie Parteien, Parlamente und Presse "ihre politischen Aggregierungs-, Modernisierungs- und Kanalisierungsfunktionen immer weniger erfüllen".

Die "Demokratie als Legitimationsprinzip" sei allerdings nicht umstritten. Auch der Populismus richte sich nicht gegen die Demokratie als solche. Dabei beruft sich Manow auf den niederländischen Politikwissenschaftler Cas Mudde, der zwischen Populismus und Extremismus unterscheidet. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hätten Nationalisten und Kommunisten als Erscheinungsformen eines antidemokratischen Extremismus die bestehende Ordnung bekämpft, während sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts Populisten gegen den Missbrauch der Demokratie durch die herrschenden politischen Eliten richteten - und zwar demonstrativ unter Berufung auf den Willen und die Interessen des Volkes. Populisten seien insofern demokratisch, als sie die Volkssouveränität verteidigten, das Mehrheitsprinzip akzeptierten und sich an Wahlen beteiligten. Und überhaupt, so Manow, seien die Populisten demokratisch gewählt und nichts spräche dafür, dass ihre Wähler ihnen "den Auftrag zur Abschaffung der Demokratie erteilt hätten". Allerdings würde der Populismus zunehmend demokratische Rechte in Frage stellen und teilweise sogar abschaffen und sich damit gegen eine liberale Demokratie wenden. Daraus schließt Manow, wiederum mit Bezug auf Cas Mudde und auf weitere Autoren, dass es sich beim Populismus im Wesentlichen um eine "illiberale demokratische Antwort" auf einen expansiven, undemokratischen Liberalismus handelt. Denn das Prinzip der demokratischen Repräsentation werde auch von einem Liberalismus bedroht, der "in vielen seiner heutigen Ausprägungen" undemokratisch geworden sei und die Volkssouveränität "aushöhle". Kurz: Der Populismus sei zwar antiliberal aber nicht antidemokratisch.

In dieser Analyse erscheinen mir zwei Thesen als besonders problematisch: Erstens, dass der Populismus eine Reaktion auf einen entarteten Liberalismus sei, und zweitens, dass es sich beim Populismus anders als beim

Extremismus um ein demokratisches Phänomen handelt. Meine Kritik an diesen Behauptungen geht davon aus, dass der Begriff "Populismus" im üblichen Sinn Verwendung findet: Gemeint sind demagogische Formen und Inhalte der Massenmobilisierung, die sich gegen das politische Establishment richten und sich dabei auf die (vermeintlichen) Interessen der Bürger oder auch der "kleinen Leute" berufen. Der Populismus knüpft an deren Alltagsbewusstsein an, verstärkt Vorurteile, überdramatisiert Gefahren, schürt Ängste und präsentiert sich selbst als Sachwalter des Volkes, als Retter aus höchster Not. Ich gehe weiterhin davon aus, dass sich die Analyse auf die europäischen und nordatlantischen Gesellschaften bezieht und dass folglich Rechtspopulismus gemeint ist, wenn von Populismus die Rede ist. Denn eine Bedrohung der demokratischen Repräsentation durch einen linken Populismus ist gegenwärtig nicht erkennbar. Schließlich sei noch erwähnt, dass es sich beim Rechtsextremismus nach meinem Verständnis um völkischen Nationalismus handelt.

II.

Ein kursorischer Blick in die deutsche Geschichte zeigt, dass Rechtspopulismus kein Kind des beginnenden 21. Jahrhunderts ist und dass er von Anfang an ein wichtiges Merkmal von rechtsextremen Bewegungen und Parteien bildete.

Als erste nennenswerte Rechtsaußenpartei kann die 1917 gegründete Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) bezeichnet werden. Gründungsanlass war die damals vom Reichstag mit den Stimmen der Linksliberalen, der Sozialdemokraten und des Zentrums verabschiedete "Friedensresolution", die sich für einen Verständigungsfrieden ohne Gebietserwerbungen aussprach und folglich bei den Anhängern expansionistischer Kriegsziele und eines "Siegfriedens" auf scharfe Ablehnung stieß. Die Vaterlandspartei wollte mehr sein als nur eine Sammlungsbewegung bürgerlich-nationalistischer Kräfte, nämlich eine breite, über die bestehenden Parteien hinweg auch in die Arbeiterschaft hinein wirkende Volkspartei, die die Bevölkerung insgesamt gegen die für einen "faulen Frieden" oder einen "Verzichtsfrieden" verantwortlichen politischen Eliten mobilisiert. Als Feindbilder galten vor allem die Reichsleitung unter den Kanzlern Bethmann Hollweg und Michaelis und die Repräsentanten der Mehrheitsparteien im Reichstag, dann aber auch Vertreter der Nationalliberalen und vereinzelt sogar der Deutschkonservativen. Im Gründungsauftrag der DVLP vom Oktober 1917 wurde daher behauptet, dass "der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt". Und auf der ersten öffentlichen Großveranstaltung der Partei erklärte der Ehrenvorsitzende Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, dass die "Fühlung zwischen Regierung und Volk" verlorengegangen sei. Die Berufung der von ostelbischen Adligen beherrschten Partei auf den angeblichen Volkswillen diente vor allem dazu, ihre reaktionären Ziele zu rechtfertigen. Bei der Vaterlandspartei handelte es sich noch nicht um eine voll entwickelte rechtsextreme Partei. Sie trat zwar extrem populistisch und nationalis-

tisch auf, die völkische Komponente war jedoch nur schwach ausgeprägt und rassistische Tendenzen machten sich nur an den Rändern bemerkbar. Die DVLP kritisierte die bestehende wilhelminische Ordnung, lehnte jedoch weder Wahlen noch den Parlamentarismus grundsätzlich ab. Allerdings wollte sie beides als Instrumente zur Legitimation einer autoritär-etatistisch ausgerichteten konstitutionellen Monarchie verstanden wissen.

III.

Die nationalsozialistische Bewegung vertrat in den Jahren der Weimarer Republik nicht nur völkisch-rassistische und nationalistische Ziele, sie war in Programm und Praxis auch ausgesprochen populistisch aufgelegt. Und auch sie lehnte in ihrem Kampf gegen die Weimarer Ordnung Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip, Wahlen und Parlamente nicht offiziell ab, jedenfalls nicht bis zur "Machtergreifung". Aber sie hetzte heftig gegen den Parlamentarismus, womit weniger die Institution Parlament sondern vor allem die "sogenannten Volksvertreter" gemeint waren. In "Mein Kampf" polemisierte Hitler seitenlang gegen Parlamente und Parlamentarier mit der immer gleichen Tendenz, dass es sich bei den Volksvertretern in Wirklichkeit um Volksverräter handele. Die außerordentlich professionelle Propaganda der Nationalsozialisten suggerierte den Bürgern eindringlich, dass die herrschenden politischen Kräfte versagt hätten und dass deren Politik unweigerlich ins Verderben führt, wenn ihr nicht Einhalt geboten werde. Die NS-Redner knüpften demagogisch geschickt an teilweise durchaus berechtigte Unzufriedenheiten und Ängste in der Bevölkerung an und verstärkten sie kräftig durch Wirklichkeitsverzerrung und Feindbildkonstrukte, damit die Bereitschaft für eine autoritäre Lösung der Probleme zunimmt und die Chancen für eine Machtübernahme der Nationalsozialisten wachsen.

Die NS-Bewegung setzte in der Weimarer Republik zwar stark auf gewalttätige außerparlamentarische Aktivitäten, beteiligte sich aber auch intensiv an der (vor)parlamentarischen Willensbildung. Sie fand sich im Prinzip mit dem geltenden Wahlrecht ab, beteiligte sich an Wahlen, arbeitete in den Parlamenten mit und bemühte sich um Einfluss in den intermediären Institutionen.

Selbst nach der "Machtergreifung" wollte die Nationalsozialisten nicht ganz auf Wahlen und Parlamente verzichten, wie Hitler in "Mein Kampf" ankündigte. Sie wurden dann allerdings dem Führerprinzip untergeordnet, das das durch einen demokratischen Parteienwettbewerb geprägte Mehrheitsprinzip ablöste.

IV.

Der Nachkriegsrechtsextremismus betrachtete nicht nur die vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs als Feinde, sondern auch ihre "Handlanger" in Deutschland, nämlich die angeblich korrupten und volksfeindlichen Führungsgruppen der "Lizenzparteien". Sie hätten sich entweder auf die Seite der Westmächte oder auf die der Sowjetunion geschlagen und würden nun gemeinsam mit der jeweiligen Besatzungsmacht die weitere Vernichtung des Deutschen Reichs durch die Gründung von Teilstaaten vorantreiben, auf die deutschen Ostgebiete verzichten und damit die völkisch-territoriale Einheit Deutschlands und die Identität des deutschen Volkes zerstören. Die rechtsextremen Organisationen richteten sich nicht grundsätzlich gegen die Demokratie, forderten aber, wie beispielsweise die 1964 als Sammelpartei des westdeutschen Rechtsextremismus entstandene NPD, eine "nationale Demokratie" im Sinne einer "unlösbaren Einheit von Volk und Staat". Volkssouveränität dürfe sich nicht nur auf die formale Souveränität des Volkes gründen, in ihr müsse zudem "die Hoheit des Volkes als Volkstum" zum Ausdruck gelangen. Mit anderen Worten: Souveränität komme nur dem deutschen Volk zu. Die NPD bemängelte damals weiterhin, dass die Entscheidungen über die Lebensfragen des deutschen Volkes ohne seine Mitwirkung zustande gekommen seien. Da jenseits der alle vier Jahre stattfindenden Wahlen keine Befragung des Volkswillens stattfänden, setzte sie sich für eine "volle Demokratie" ein und forderte die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid, die Direktwahl des Bundespräsidenten, die Beseitigung der Sperrklauseln im Wahlrecht und die Abschaffung der staatlichen Parteienfinanzierung. Dem Vorwurf, sie verfolge extremistische Ziele, begegnete die NPD mit der Behauptung, dass die Demokratie nicht von ihr bedroht sei sondern von der Bonner Parteien-Oligarchie. In ihrem Gründungsmanifest empörte sie sich: "Unser Volk hat diese Führung nicht verdient! Wir wollen sie nicht mehr!"

Die rassistische Komponente der völkischen Ideologie des Rechtsextremismus gewann erst wieder mit der massiven Zuwanderung und der Asylproblematik an Bedeutung. Der Kampf der extremen Rechten gegen multikulturelle Gesellschaften zielt darauf ab, fundamentale Ängste davor zu erzeugen oder zu verstärken, dass die Mehrheitsgesellschaft Opfer einer unbegrenzten Einwanderung wird und damit ihre Identität verliert. Objekte dieses Kampfes sind nicht nur, nicht einmal hauptsächlich, die "fremdvölkischen" Immigranten, die zu einer universellen Bedrohung des deutschen Volkstums hochstilisiert werden, sondern vor allem die einheimischen Kräfte, die den "großen Austausch" planen bzw. zulassen, also das vermeintlich volksfeindliche politische Establishment. Der Grundgedanke dieses zeitgenössischen Rassismus findet sich auch im Grundsatzprogramm der AfD (Punkt 7.2):

"Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen."

V.

Rechtsextremismus und Populismus sind keine alternativen politischen Lehren oder Konzepte. Beide bilden vielmehr einen engen Zusammenhang. Der Rechtsextremismus bedient sich populistischer Argumente und Methoden, um unter Wettbewerbsbedingungen politische Macht zu erobern. Populismus stellt für den Rechtsextremismus ein essenzielles Mittel dar, um völkisch-nationalistische Inhalte zu transportieren. Beim (Rechts-) Populismus handelt es sich folglich auch nicht um ein neues, erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts entstandenes Phänomen.

Der Populismus stärkt oder verteidigt auch nicht die Volkssouveränität. Dass er sich als Sachwalter, Hoffnungsträger oder Retter des Volkes ausgibt, hat höchst egoistische Gründe. Der Rekurs auf die Interessen und Befindlichkeiten der Bevölkerung dient nämlich ausschließlich dazu, die eigenen Machtansprüche gegen das politische Establishment durchzusetzen. Beim Populismus handelt es sich im Grunde genommen um ein grandioses Täuschungsmanöver. Deshalb sticht auch das Argument nicht, der Populismus sei auch deshalb demokratisch, weil nichts dafür spräche, dass seine Wähler ihm den Auftrag erteilt hätten, die Demokratie abzuschaffen.

Der Populismus kann auch nicht deshalb als demokratisch bezeichnet werden, weil er das Mehrheitsprinzip akzeptiert und sich an Wahlen und am Parlamentarismus beteiligt. Das trifft auch auf rechtsextreme Parteien und Bewegungen zu, die sich schon immer demokratischer Rechte bedient haben, um die Demokratie zu bekämpfen oder sogar abzuschaffen. Wahlen und Parlamente sind auch nicht per se demokratische Einrichtungen: In modernen Masegesellschaften sind selbst die härtesten Diktaturen auf wenigstens rudimentäre Formen von Repräsentation und Legitimation angewiesen. Daher darf Demokratie nicht auf einen mehr oder weniger umfangreichen Katalog von politischen Strukturprinzipien reduziert werden. Demokratie ist vielmehr eine Werteordnung, die den Rahmen für politische Strukturprinzipien bildet. Parteien oder Bewegungen, die diese Werteordnung auch nur teilweise ablehnen, sind nicht als antiliberal sondern als antidemokratisch zu bezeichnen.

Dass es sich beim westeuropäischen Rechtspopulismus inhaltlich um völkischen Nationalismus handelt, dürfte unstrittig sein. Er selbst stellt den Nationalismus als sein Alleinstellungsmerkmal heraus, und selbst wenn er den klassischen Rassismus offiziell ablehnt, propagiert er eine ethnisch mehr oder weniger homogene Gesellschaft ("Volksgemeinschaft"). Das gilt übrigens auch für die deutsche AfD. Ob von ihr Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes ausgehen, wird anderen Ortes geprüft. Dass es sich beim völkisch-nationalistischen Rechtspopulismus um eine Reaktion auf einen entarteten Liberalismus handeln soll, will mir so gar nicht einleuchten. Ich stimme Philipp Manow zwar zu: Wir haben es nicht mit einer Krise der Demokratie sondern mit einer Krise der Repräsentation zu tun. Allerdings dürfte das weniger an der "massiven Ausweitung" der Partizipationschancen sondern in erster Linie an den Repräsentations- und Integrationsdefiziten unserer alteingesessenen politischen Parteien liegen. Der völkische Nationalismus ist keine Reaktion auf einen entarteten Liberalismus. Er scheint mir eher eine Begleiterscheinung der Globalisierung zu sein, die nicht nur ein enormes Ausmaß an Freiheiten und Entwicklungschancen bietet sondern auch Risiken, Unsicherheit und Ängste hervorruft und das Bedürfnis nach Sicherheit, Geborgenheit und Heimat erzeugt.

Prof. Dr. Richard Stöss (i.R.)

rstoess@zedat.fu-berlin.de

<https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/emproz/team/ehemalige/Stoess.html>

Berlin, April 2020